

betreffend Anhörung der Interessensverbände bei der Erarbeitung der Tarifverordnung für die staatlichen Parkhäuser

Am 21. Oktober trat eine neue Tarifverordnung für die fünf öffentlichen staatlichen Parkhäuser (City, Elisabethen, Steinen, Storch und St. Jakob) in Kraft. Unter der Prämisse „die Tarifstruktur wird wesentlich vereinfacht und somit kundenfreundlicher“ wurden die Tarife zum Teil massiv angehoben (z.B. in den Parkhäusern City, Elisabethen und Steinen steigen die Stundentarife von 08.00-10.00 von 1.50 Fr. auf 3 Fr., von 18.30-19.00 von 2 Fr. auf 3 Fr. und von 20.00-24.00 von 1.50 auf 2 Fr.). Beim Parkhaus St. Jakob kommt es sogar zu einem Systemwechsel: Neu gilt 1. Fr. / Stunde generell. Vorher war es: 1. bis 3. Stunde: 50 Rp., 4. bis 7. Stunde: 1 Fr., 8. bis 9. Stunde: 1.50 Fr. Unter der Annahme, dass die meisten bisherigen Gäste in die erste Kategorie fallen, entspricht dies einer faktischen Verdopplung der Parkgebühr. Beim Parkhaus Storch erhöht sich der Tarif von 20.00-24.00 von 1.50 auf 2 Fr.

Der Medienmitteilung der Regierung vom 17.10. ist zu entnehmen:

„Sie (= die Tarifordnung) wurde unter Berücksichtigung der Interessen möglichst vieler Interessengruppen erarbeitet: Detailhandel, Gastronomie, Spitäler, Veranstalter, Arbeitgeber/-innen, Arbeitnehmer/-innen und Anwohner/-innen.“

Nun hat aber eine kleine Nachfrage ergeben, dass weder der Gewerbeverband Basel-Stadt, noch Pro Innerstadt, der Wirtverband Basel-Stadt oder der Arbeitgeberverband Basel in irgendeiner Form in die Erarbeitung der neuen Tarife mitberücksichtigt wurden, was im krassen Gegensatz zur Behauptung des Regierungsrates steht.

Ich bitte deshalb den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten:

- Geht der Regierungsrat mit dem Interpellant einig, dass der Gewerbeverband Basel-Stadt, die Pro Innerstadt, der Wirtverband Basel-Stadt und der Arbeitgeberverband Basel Interessensgruppen für Detailhandel und Gastronomie sowie die Arbeitgeber/-innen darstellen?
- Wer wurde bei der Ausarbeitung der neuen Tarifverordnung mit einbezogen?
- Wie erklärt der Regierungsrat den Umstand, dass offenbar die vorhergenannten Interessensgruppen nicht in die Ausarbeitung der Tarifverordnung miteinbezogen wurden?
- Gibt es Konsequenzen, die aus dieser offensichtlichen Unterlassung gezogen werden?

Heiner Vischer